

Antrag zur KMV vom 23.11.2024 zur Unterstützung der Bundestagsinitiative für die Einleitung eines Verfahrens zur Feststellung der Verfassungswidrigkeit der „Alternative für Deutschland“

Antragssteller: Vorstand KV Rendsburg Eckernförde

Die KMV möge beschließen, die Bundestagsinitiative von 113 Bundestagsabgeordneten auf Entscheidung des Deutschen Bundestages über die Einleitung eines Verfahrens zur Feststellung der Verfassungswidrigkeit der AFD zu unterstützen.

Begründung: Der Bundesverfassungsschutz ordnet die AFD bundesweit als rechtsextremen Verdachtsfall und einzelne Landesverbände als gesichert rechtsextrem ein. Spätestens die Landtagswahlen und die Europawahlen 2024 haben gezeigt, dass die AFD darauf aus ist, unsere freiheitlich demokratische Grundordnung anzugreifen und langfristig zu zerstören.

Das unwürdige Schauspiel, das die AFD bei der Konstituierung des Thüringer Landtags aufgeführt hat, unterstützt diesen Eindruck massiv und zeigt, was auf uns zu kommt, wenn die demokratischen Kräfte dieses Landes es nicht stoppen.

Der Kreisvorstand hat in seiner Sitzung im Oktober 2024 einstimmig beschlossen, den Antrag der Bundestagsabgeordneten zu unterstützen. Auf dem Bundesparteitag in Wiesbaden haben die Delegierten sich fast einstimmig hinter den mittlerweile dem Bundestag vorgelegten Antrag gestellt.

Lasst uns als Kreisverband ebenfalls ein starkes Zeichen aus unserer Region senden.